

Politiker kaum einen persönlichen Einfluß. Wenn er nun auch nominell zum stellvertretenden Staatspräsidenten gewählt wurde, so gilt er noch längst nicht als Nachfolger Jiang Jinguos in dessen Machtposition. -ni-

*(44)

Staatshaushalt nimmt wieder zu

Für das kommende Finanzjahr (Juli 1984-Juni 1985) wurde in dem vom Exekutiv Yuan (Regierung) am 15. März im Legislativ Yuan eingebrachten Haushaltsentwurf mit Einnahmen und Ausgaben jeweils in Höhe von 359,16 Mrd. NT\$ (40 NT\$ = 1 US\$) eine Zunahme von 11,3% gegenüber dem laufenden Finanzjahr vorgesehen (ZYRB, 16.3.84). Im März des vergangenen Jahres hatte die Regierung noch, infolge der damals depressiven Wirtschaftslage, im Haushaltsplan die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 4,3% reduziert (vgl. C.a., März 1983, S.183, Ü 55).

Nun hat sich aber die Konjunktur im Laufe des vergangenen Jahres mit einem Zuwachs des BSP von rund 7,14% unerwartet stark belebt. Für dieses Jahr wird ein Wachstum von 7,5% geschätzt. Die neue Expansion des Staatshaushalts ist von einer zu erwartenden Steigerung der Regierungseinnahmen als Folge der verbesserten Wirtschaftslage ausgegangen.

Unter den Ausgabenpositionen stehen die Aufwendungen für Verteidigung und Außenpolitik mit über 141,89 Mrd. NT\$ oder 39,4% des Gesamtvolumens an erster Stelle. Ihnen folgen die Ausgaben für Wirtschaftsaufbau und Verkehr mit über 65,3 Mrd. NT\$ (18,2%), die für Sozialpolitik mit über 57,96 Mrd. NT\$ (16,1%) und die für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit über 41,28 Mrd. NT\$ (11,5%).

Laut Voranschlag des Exekutiv Yuan liegen die Ausgaben der Zentralregierung und der Lokalregierungen auf allen Ebenen für das Fiskaljahr 1984/85 insgesamt bei einer Höhe von über 591,88 Mrd. NT\$, dagegen betragen die gesamten Einnahmen 576,21 Mrd. NT\$. Per Saldo ergibt sich also ein Fehlbetrag von über 15,66 Mrd. NT\$. Auch in dem Staatshaushalt für das kommende Finanzjahr muß eine Lücke von über 29,88 Mrd. NT\$ teils durch die Neuausgabe von Aufbauobligationen (22 Mrd. NT\$), teils durch Rückgriff auf Haushaltsreserven (7,88 Mrd. NT\$) gedeckt werden. -ni-

*(45)

Kontrolle über Waren vom chinesischen Festland gelockert

Das Außenhandelsamt des Wirt-

schaftsministeriums in Taipei hat am 7. März die Einfuhr von 1157 Warenarten liberalisiert. Es handelt sich dabei um traditionelle chinesische Medikamente, Nahrungs- und Genußmittel, Seidenartikel, Haare und Harz. Diese Artikel stammen überwiegend vom chinesischen Festland. Handel mit dem unter kommunistischer Herrschaft stehenden chinesischen Festland ist in Taiwan grundsätzlich verboten. Um auch den indirekten Warenverkehr mit drüben über Drittländer zu verstopfen, durften nach den bisherigen Außenhandelsbestimmungen 305 Sorten von Waren nur aus Europa und Amerika, 306 nur aus Gebieten außerhalb Hongkongs und Macaus, 307 aus Gebieten außerhalb Hongkongs, Macaus, Singapurs und Malaysias sowie 308 aus Gebieten außerhalb Hongkongs, Macaus, Singapurs, Malaysias und Japans nach Taiwan eingeführt werden (ZYRB, 8.3.84).

Die genannte Aufhebung der Importbeschränkungen für 1157 Warenpositionen wurde allgemein als Liberalisierung des indirekten Handels Taiwans mit dem chinesischen Festland betrachtet, der hauptsächlich über Hongkong abgewickelt wird (XNA, 12.3.84; DGB, 10.3.84 und Radio Beijing in Deutsch, 12.3.84).

Seit September vorigen Jahres hat Taiwan den Import von insgesamt rund 3.000 Warenpositionen liberalisiert (ZYRB, 8.3.84; vgl. auch C.a., Sept. 1983, S. 554, Ü 40). Nach dem neuen Liberalisierungsschritt sind zur Zeit noch 134 Warenpositionen mit Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Herkunftsländer belegt. Diese richten sich hauptsächlich gegen die Einfuhr von Videorecordern, elektronischen Geräten, Pkws und Fischen aus Japan (vgl. LHB, 8.3.84). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*(46)

Neue Nervosität wegen der Zukunftsfrage

Am 16. und 17. sowie am 26. und 27. März haben die chinesischen und die britischen Unterhändler in Beijing die 10. bzw. 11. Verhandlungsrunde über die Zukunft Hongkongs abgehalten. In den Kommunikates dazu wurde nach wie vor außer den stereotypen Wendungen von "nützlichen und konstruktiven Gesprächen" sowie der Terminangabe für die nächste Verhandlungsrunde nichts über den Fortgang und das bisherige Ergebnis der Verhandlungen erwähnt. Da die chinesische Seite in letzter Zeit öffentlich zu einer Lösung noch vor dem kommenden Herbst drängte und da sich auch das Verhandlungstempo mit

zwei Runden in einem Monat offenbar beschleunigte, entstand in Hongkong neue Nervosität.

Zwei Tage vor Beginn der 10. Verhandlungsrunde, am 14. März, hat der Legislativrat einstimmig einen Beschluß gefaßt mit folgendem Wortlaut: "Jeglicher Vorschlag über die Zukunft Hongkongs soll in diesem Rat diskutiert werden, bevor ein Abkommen abgeschlossen wird." (DGB, Luftausgabe, 16.3.84) In der Debatte haben die Ratsmitglieder von London und Beijing verlangt, die Geheimhaltung der Gespräche über die Zukunft Hongkongs aufzugeben, um Vertrauen in der Bevölkerung herzustellen. Der Legislativrat, dessen Mitglieder von London ernannt und keine Volksvertreter sind, ist nur ein Beratungsorgan des britischen Gouverneurs. So ist sein Beschluß für die koloniale Regierung nicht unbedingt verbindlich. Politisch hat es nur kleine Wellen geschlagen, als Roger Lobo, Mitglied des Legislativrates, im Februar den Antrag auf den Beschluß stellte. Die von Beijing gesteuerte linke Presse hat die "Lobo-Initiative" scharf angegriffen, während die offizielle Seite Chinas nur kühl darauf reagiert.

Nachdem der Legislativrat den Beschluß verabschiedet hatte, wiederholte Beijings höchster Vertreter in Hongkong, der Leiter des XNA-Büros Xu Jiatun, die kurze Bemerkung: "Ich hoffe, daß die britische Regierung diese Angelegenheit mit Weisheit künftig behandeln wird." (DGB, Luftausgabe, 20.3.84) In der Öffentlichkeit Hongkongs ist die "Lobo-Initiative" nicht auf ein breites Echo gestoßen, da man die zur Zeit vorhandene gute Verhandlungssphäre nicht stören möchte.

Einen heftigeren Schock hat das britische Handelsunternehmen Jardine Matheson für Hongkong vorbereitet. Gerade einen Tag nach dem Abschluß der 11. sino-britischen Verhandlungsrunde über die Hongkong-Frage hat der Vorsitzende des Unternehmens, Simon Keswick, am 28. März angekündigt, den Hauptsitz der Firma mit der Gründung einer Holdinggesellschaft von Hongkong nach Bermuda zu verlegen. Die Firmengeschichte ist mit der Geschichte der Kolonie eng verbunden. Schon im Jahre 1832 wurde das Unternehmen von zwei schottischen Chirurgen zuerst in Kanton und Macau gegründet. Es verkaufte Opium in China. Als die chinesische kaiserliche Regierung das Verbot des Opiumhandels in Kanton streng durchführte, verlegte die Firma 1841 ihren Sitz nach Hongkong. Beide Firmengründer dienten damals als Lobbyisten bei der Londoner Regierung für die Protek-

tion der britischen Handelsposition an der südchinesischen Küste, die schließlich zum Opium-Krieg mit der Abtretung Hongkongs durch China als Folge seiner Niederlage führte. Einer von ihnen, William Jardine, ein Vorfahre des jetzigen Firmenchefs Simon Keswick, war zur Zeit des Opiumkrieges 1841-1842 Abgeordneter des britischen Unterhauses und enger Berater des britischen Außenministers Lord Palmerston. Die Geschichte von Jardine Matheson ist ein Teil der Geschichte Hongkongs und diente mit als Vorlage für den Hongkong-Roman "Taipan" (großer Chef). Bis heute ist der Konzern in der Kronkolonie tonangebend. "Wenn der 'Tai-Pan' spricht", so sagt man, "dann lauscht Hongkong".

Die Nachricht über die Gründung einer Holdinggesellschaft von Jardine Matheson auf den Bermudas hat eine Panik vor allem auf dem Börsenmarkt in Hongkong ausgelöst. Innerhalb einer halben Stunde ist der Hang-Seng-Index fast um 100 Punkte gefallen. Man vermutete, daß der "Tai-Pan" das Vertrauen in Hongkongs Zukunft verloren habe und das sinkende Schiff als erster zu verlassen gedenkt. In seiner Erklärung zu der Entscheidung hat Simon Keswick zwar die Hoffnung auf ein befriedigendes Ergebnis der sino-britischen Verhandlungen geäußert, doch möchte seine Firma "die Eier in einem Korb legen".

Auf die Frage, warum die Firma Bermuda als Sitz der geplanten Holdinggesellschaft gewählt hat, sagte Keswick, weil da ein britisches Rechtssystem herrsche und kraft der britischen Gesetze könne die Firma in Zukunft internationale Geschäfte weiter tätigen. Dazu seien die Steuern auf Bermuda niedriger.

Allerdings kann die entlegene Insel Bermuda Hongkong als eine internationale Handelsmetropole nicht ersetzen. Bislang entfallen 72% des gesamten Firmenumsatzes auf Hongkong. Das Geschäft in Hongkong konzentriert sich auf Dienstleistungsgebiete wie Immobilien, Versicherung, Reederei und Handel.

Hongkong wird seinen Glanz einbüßen, wenn es den "Tai-Pan" verliert. Aber umgekehrt kann die Existenz von Jardine Matheson bedroht werden, wenn sie Hongkong den Rücken kehrt. So ist der Kurs der Firma, nach Ankündigung der Gründung einer Holdinggesellschaft auf Bermuda, sofort mit dem Börsenrutsch in Hongkong um über 10% gefallen. Daher dürfte der Bermuda-Plan Jardine Mathesons in erster Linie eine Maßnahme sein, die Verhandlungen zwischen Beijing und London über Hongkong zu beeinflus-

sen. Von einer Kapitalflucht der Firma aus Hongkong kann man wohl noch nicht sprechen (DGB, Luftausgabe, 30.-31.3.84; Financial Times, 30.3.84; NZZ, 31.3.-1.4.84). -ni-

*(47)

Hongkongs Haushalt steht auf "sinkendem Boden"

Obwohl die Wirtschaft Hongkongs seit dem letzten Jahr kraft des Aufschwungs der Exporte als die Lokomotive wieder floriert, wurde in dem Regierungsetat für das kommende Finanzjahr (April 1984 - März 1985) weiter mit großem Defizit gerechnet. Nach den vorläufigen Statistiken der Finanzbehörde ist der Gesamtexportwert der britischen Kolonie im vorigen Jahr real um 15% gestiegen. Nach der Bereinigung der Inflation in Höhe von 10% hat das Bruttoinlandsprodukt eine reale Zuwachsrate von 5,9% verzeichnet. Für dieses Jahr wird der reale Gesamtexport zwar im Vergleich zum Vorjahr etwas langsamer, d.h. nur um 10%, zunehmen, dagegen sollen aber Bruttoinlandsprodukt und Inflation günstiger - auf 6,3% bzw. 9% - liegen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt dürfte 44.700 HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$) erreichen. Ferner werden Privat- und Regierungsverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 7% bzw. 5% steigen. Die Arbeitslosenquote kann von 5,1% (1983) auf 4,1% herabgesetzt werden.

Trotz dieser rosigen Aussichten werden in der Regierungskasse 3,6 Mrd.HK\$ fehlen, um das im neuen Haushaltsplan vorgesehene Ausgabenvolumen von rund 37,3 Mrd.HK\$ auszugleichen. Um diese Lücke zu füllen, muß die Kolonialregierung seit 1975 zum ersten Mal wieder zu dem Mittel öffentlicher Inlandsanleihen, und zwar in Höhe von 1 Mrd.HK\$, greifen. Weitere 1,1 Mrd.HK\$ werden den Finanzreserven entnommen. Der Rest in Höhe von 1,5 Mrd.HK\$ wird durch die Erhöhungen von neuen Steuern bzw. Gebühren (Einkommen-, Gewinn-, Lotterie-, Haus-, Alkoholsteuer, Hafen-, Banklizenz- sowie die Durchfahrtsgebühren durch einen Berg- und einen Meerestunnel) abgedeckt.

In der Vergangenheit war die Hongkonger Regierung stark auf die Sondereinnahmen aus Immobilien angewiesen, um den Fehlbetrag zwischen den ständigen Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Auf dem Höhepunkt entsprachen allein die Einnahmen aus Landveräußerungen fast schon einem Drittel der gesamten Regierungsausgaben. Seit dem letzten Jahr sind die Grundbesitzpreise jedoch infolge der immer brennender werdenden Zukunftsfragen der Kolonie nach 1997

in den Keller gerutscht. Noch im Finanzjahr 1982/1983 lag der Regierungsvoranschlag für den Verkauf von Land bei 9,2 Mrd.HK\$; 1983/1984 hat die Regierung daraus nur 1,6 Mrd.HK\$ einnehmen können. Dadurch büßte man insgesamt bei den Regierungseinnahmen innerhalb eines Jahres rund 25% ein. So wurde die Regierung im vergangenen Jahr schon einmal gezwungen, die Tarife von 11 indirekten Steuern zu erhöhen.

Im Haushaltsplan 1984/1985 hat die Finanzbehörde zwar immer noch eine Einnahme aus dem Immobiliengeschäft in Höhe von 4,23 Mrd.HK\$ vorgesehen, doch entfallen 1,9 Mrd.HK\$ davon auf den 2.Teil der Einnahmen auf das schon früher verkaufte große Objekt "Handelsplatz". Daher ist der tatsächliche Ertrag aus dem Immobiliengeschäft 1984/1985 mit einem Wert von 2,33 Mrd.HK\$ ungefähr gleich hoch wie 1983/1984 (2,27 Mrd.HK\$). Da sich die Bodenpreise infolge der politischen Entwicklung der Kolonie eher weiter nach unten bewegen, hat die Finanzbehörde die Regierungseinnahmen aus dem Immobiliengeschäft für das Finanzjahr 1985/1986 auf unter 2 Mrd.HK\$ geschätzt. Dann und danach wird sich das Loch im Haushalt unvermeidlich immer vergrößern. Während die Kolonialbehörden den Abfall der Bodenpreise und damit die Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage als Folge der ungewissen Zukunft Hongkongs bezeichnen, beschuldigt die von Beijing gesteuerte linke Presse die Hongkonger Regierung, die Bodenpreise in der Vergangenheit künstlich hoch getrieben zu haben (vgl. DGB, Luftausgabe 2.3.84; AWSJ, 1.3.84; Financial Times, 1. u. 5.3.84; IHT, 1.3.84). -ni-